



Geben und nehmen

Was bedeutet das eigentlich: europäische Solidarität? Seite 2

Foto: imago/Rainer Unkel

Hauen und stechen

»Get Out« ist ein intelligenter und witziger Horror-Thriller mit Botschaft. Seite 15

Strampeln und werben

Radprofis wollen sich in Nahost für Frieden einsetzen. Seite 19

Foto: Tom Muströph

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 4. Mai 2017

72. Jahrgang/Nr. 103

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Berlin im Schmollwinkel

Roland Etsel zum russisch-türkischen Gipfel in Sotschi

Jedes Mal, wenn sich Erdogan mit Putin trifft, sind in Brüssel und Washington Heulen und Zähneklappern angesagt – und in Berlin. Erst vorige Woche sorgte sich Außenminister Gabriel beim EU-Gipfel in Malta, bei Abbruch der Beitrittsverhandlungen bestehe die Gefahr, dass die Türkei »in Richtung Russland geschoben wird«.

Ein verräterischer Ausspruch. Auf seinen Kern entblättert bedeutet er, man möge doch das Klagegedicht um Erdogans Geringschätzung westlicher Wertestandards – Menschenrechte hin oder her – nicht zu laut anstimmen. Gabriel musste gar nicht aussprechen, dass er meint, die Türkei für Wichtigeres zu brauchen: als Torwächter für die EU gegen Flüchtlingsströme, als Vorposten der NATO in Nahost. Er wurde verstanden. Die weitere russisch-türkische Annäherung wird das wohl nicht bremsen. Westeuropa selbst ist es, das sie befördert, solange es, im amerikanischen Fahrwasser schwimmend, Moskau die kalte Schulter zeigt.

Warum aber der scheele Blick nach Sotschi? Verdiente es nicht sogar im friedensdienlichen Sinne Förderung, auch durch Deutschland, wenn zwei bedeutende Staaten der Region vorwiegend ersprießliche und nicht feindselige Beziehungen zueinander pflegten? Und: Würden sich Ankara und Moskau über Syrien einig, Iran mit im Boot – das Haupthindernis für ein Kriegsende wäre beseitigt. Aber das scheint die Gipfelbeobachter im Schmollwinkel weniger umzutreiben.

UNTEN LINKS

Der Mops verfügt über mehr Korpsgeist, als man denkt. Doch nicht das Lied vom Dieb in der Küche zeugt von diesem, in dem viele Möpse einem hungrigen Kameraden einen Grabstein setzen. Vielmehr schon die Geschichte vom Mops, der 1717, vor genau 300 Jahren, in der Schlacht um die Belgrader Festung von seinem Herrchen Herzog Karl Alexander von Württemberg getrennt, allein den Fußmarsch gen Heimat antrat. Um die 1100 Kilometer lief er ins heutige Winnenden, wo dem Tier für diese Großtat an Anhänglichkeit, Treue und Disziplin ein Denkmal gesetzt ist. Die Legende verschweigt weitere Heldentaten des vierbeinigen Soldaten gegen die türkischen Muselmanen, doch weiß man: Die Schlacht wurde gewonnen. Und das Bild vom diebischen Mops in der Küche ist eine vermaledeite Lüge und soll nur den Zusammenhalt der Truppe beschädigen. Eine Mopsparade wird am nächsten Sonntag neben dem Heldenhund auch Herrchen Herzog ehren. Für vorbildliche Haltung und Führung. *uka*

Zuversicht in Aleppo

Die syrische Großstadt war fünf Jahre umkämpft und beginnt den Wiederaufbau



Die Zitadelle von Aleppo hat Dutzende Kriege gesehen. Die Einwohner der Stadt hoffen auf Frieden.

Foto: Karin Leukefeld

Berlin. »Glaube an Aleppo« steht an der Zitadelle der Stadt – einer der ältesten und größten erhaltenen Festungen der Welt. Auch sie kam nicht unbeschadet durch den syrischen Krieg. Im Juli 2015 wurde sie durch eine Explosion schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Aber nachdem die Stadt seit dem 22. Dezember 2016 wieder völlig in der Hand der Regierungstruppen ist und damit ohne Krieg, beginnt sich das Leben zu normalisieren. Hunderttausende waren aus der Stadt geflohen. Erst allmählich kehren sie zurück. Wiederaufbau heißt die Mammutaufgabe, die vor den meisten der ehemaligen Bewohner steht,

und angesichts der gewaltigen Zerstörungen kann man ihre Zuversicht nur bewundern. Außerdem herrscht kein Frieden im Land. Die vorsichtigen Hoffnungen zu Jahresbeginn haben sich wieder eingetrübt.

Wer sich von den am Mittwoch in der kasachischen Hauptstadt Astana wieder aufgenommenen Syrien-Gesprächen Fortschritte erhofft, wird wohl enttäuscht. Bei den auf zwei Tage angesetzten Verhandlungen unter Vermittlung Russlands und der Türkei sollte die Waffenruhe in dem Bürgerkriegsland gestärkt werden. Kurz vor Beginn aber erklärten die eingeladenen Rebellenverbände, sie wollten

ihre Teilnahme an den Gesprächen aussetzen. »Wir können nicht am Verhandlungstisch sitzen, während diese Verbrechen weitergehen«, zitierte dpa Oppositionssprecher Jihja al-Arabi am Mittwoch. Gemeint sind Angriffe der Regierungstruppen, die allerdings für sich in Anspruch nehmen, die als Terroristen eingestuften Banden des Islamischen Staats zu bekämpfen.

Im von den Rebellen kontrollierten Asas unweit von Aleppo kamen am Mittwoch bei der Explosion einer Autobombe fünf Menschen ums Leben. Doch in Aleppo herrscht Zuversicht. *roe*

Seite 3

Von der Leyen verspricht Aufklärung

Verteidigungsministerin nach Skandal um Franco A.: Wehrmacht für Bundeswehr nicht identitätsstiftend

Verteidigungsministerin von der Leyen steht vor einer schwierigen Aufgabe: Selbst unter Druck geraten, bemüht sie sich um Aufklärung im Fall des rechtsextremen Offiziers Franco A.

Illkirch. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat in der Affäre um den terrorverdächtigen Bundeswehr-offizier Franco A. Aufklärung zugesichert. »Wir sind am Anfang eines langen Prozesses«, sagte von der Leyen am Mittwoch am Standort der deutsch-französischen Brigade Illkirch bei Straßburg. Die Ministerin machte sich vor Ort ein Bild von den Räumlichkeiten, in denen der rechtsextreme Offizier Franco A. untergebracht war. Zudem führte sie Gespräche mit Soldaten.

Anschließend kritisierte die Ministerin scharf den Umgang mit Wehrmachtsdevotionalien, die nach Bekanntwerden der Anschlagpläne von Franco A. an sei-

nem ehemaligen Standort gefunden wurden. »Die Wehrmacht ist in keiner Form traditionsstiftend für die Bundeswehr. Einzige Ausnahme sind einige herausragende Einzeltaten im Widerstand. Aber sonst hat die Wehrmacht nichts mit der Bundeswehr gemein.« Inspektoren fanden in einem Gemeinschaftsraum Wehrmachtsbilder und ein Sturmgewehr mit eingritztem Hakenkreuz.

Als Konsequenz aus dem Vorfall versprach von der Leyen, einen kritischen Blick auf die Disziplinarordnung der Bundeswehr zu werfen. Sie wolle schauen, »wo es Lücken gibt«. Es müsse untersucht werden, ob in diesem Fall sowie in den jüngst bekannt gewordenen Fällen von Mobbing und sexueller Demütigung wichtige Informationen nicht weitergegeben worden seien. Gleichzeitig betonte die Ministerin, »dass die ganz große Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten meinen ganz großen Respekt hat«. An ihrer un-

strittenen Äußerung zu Haltungsproblemen und Führungsschwäche in der Truppe hielt sie jedoch auch am Mittwoch fest.

Um die nun anstehenden Ermittlungen zu unterstützen, sei die Bundeswehr aktuell dabei, den

Als Konsequenz aus der Affäre um Franco A. kündigt von der Leyen an, einen kritischen Blick auf die Disziplinarordnung der Bundeswehr zu werfen.

beruflichen Werdegang von Franco A. zu durchleuchten, erläuterte die Ministerin. Es gehe darum, »aufzuklären, mit wem er wann Kontakt gehabt hat, um dann auch der Staatsanwaltschaft gezielt zuzuarbeiten.«

Für Donnerstag hat von der Leyen hundert hohe militärische Führungskräfte nach Berlin geladen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Neben der Affäre um Franco A. hatte seit Jahresbeginn eine Reihe von Fällen von Erniedrigung während der Ausbildung bei der Bundeswehr für Aufsehen gesorgt. Wegen der schleppenden Aufklärung hatte die Ministerin den Chef-Ausbilder des Heeres abgesetzt.

Von der Leyen steht wegen ihres Umgangs mit der Affäre Franco A. selbst unter Druck. Vertreter der Bundeswehr und anderer Parteien werfen ihr vor, die Truppe pauschal verurteilt zu haben und ihre Verantwortung abzuwälzen. Die Ministerin hatte am Wochenende einen »falsch verstandenen Korpsgeist« bei der Truppe angeprangert. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sicherte von der Leyen am Mittwoch ihre Unterstützung zu. *Agenturen/nd*

Seiten 4 und 6

Russland baut Sanktionen gegen Türkei ab

Bei Treffen Putins mit Erdogan war auch Syrien Gesprächsthema

Sotschi. Der russische Staatspräsident Wladimir Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdogan haben sich auf einen umfassenden Abbau der russischen Sanktionen geeinigt. »Wir haben uns auf eine umfassende Lösung verständigt«, sagte Putin nach einem Treffen am Mittwoch in Sotschi. Die Sanktionen gegen türkische Waren und Dienstleistungen würden in naher Zukunft aufgehoben. Einen genauen Zeitraum nannte Putin nicht. Bis auf weiteres sei etwa die Einfuhr türkischer Tomaten zum Schutz russischer Produzenten verboten.

Erdogan hat sich gegenüber Putin nach eigenen Worten für eine Durchsetzung der im Dezember vereinbarten Waffenruhe in Syrien ausgesprochen. Er warf »manchen Parteien« vor, diesen Prozess zu sabotieren. Erneut forderte er die Einrichtung von Schutz-zonen in Syrien. Putin sagte dazu: »Wir müssen solche Mechanismen finden, die ein Ende des Blutvergießens garantieren.« *dpa/nd*

»Journalismus ist kein Verbrechen«

Demonstration für Pressefreiheit vor der türkischen Botschaft in Berlin

Berlin. Mehrere Dutzend Menschen haben am Mittwoch vor der türkischen Botschaft in Berlin für die Freilassung des »Welt«-Korrespondenten Deniz Yücel und weiterer Medienschaffender demonstriert. Mit Fotos von verfolgten und inhaftierten türkischen Journalistinnen und Journalisten machten die Teilnehmer auf die anhaltenden Verletzungen der Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei aufmerksam. Auf Plakaten und Schildern forderten sie unter anderem »#Free TurkeyMedia«, »Freiheit für inhaftierte Journalisten« sowie »Meinungsfreiheit schützen« und betonten, »Journalismus ist kein Verbrechen«. Zu der Aktion am Tag der Pressefreiheit aufgerufen hatten die Menschenrechtsorganisation Amnesty International und Reporter ohne Grenzen.

Für den Abend hatte die Initiative »Freundeskreis #FreeDeniz« am Brandenburger Tor in Berlin zu einem Solidaritätskonzert für Yücel und alle in der Türkei und anderen Ländern inhaftierten Journalisten eingeladen. *epd/nd*

Brexit gar nicht gut und günstig

EU beharrt gegenüber London auf hohen Milliardenzahlungen

Brüssel. Die EU beharrt auf ihrer Forderung, dass Großbritannien beim EU-Austritt alle finanziellen Verpflichtungen erfüllen muss. »Das ist keine Bestrafung«, sagte EU-Chef-Unterhändler Michel Barnier am Mittwoch in Brüssel. Es gehe lediglich darum, »die Konten zu bereinigen«. Großbritannien habe als EU-Mitglied Ausgaben zugestimmt, die es erfüllen müsse, sagte Barnier. Dies gilt aus Sicht Brüssels auch für die Zeit nach dem Austrittsdatum im März 2019, weil der mehrjährige EU-Finanzrahmen bis Ende 2020 läuft. Laut Barnier geht es aber nicht darum, »einen Blankoscheck« zu verlangen. Schätzungen aus Brüssel bezifferten den Betrag bisher auf 40 bis 60 Milliarden Euro.

Die »Financial Times« berichtete jedoch, die Rechnung könnte auf bis zu 100 Milliarden Euro steigen, weil Frankreich und Polen auch Agrarausgaben bis 2020 einrechnen. Und Deutschland wolle London nicht erlauben, die Zahlen zu drücken, indem der britische Anteil an EU-Gebäuden und anderen Werten abgezogen werde. *AFP/nd*

ISSN 0323-3375

